

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten

betreffend

Maßnahmen zur Verhinderung tätlicher Übergriffe auf Exekutivbeamte

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, wirksame Maßnahmen zur Verhinderung tätlicher Übergriffe und Angriffe auf Exekutivbeamte zu veranlassen, um deren Schutz zu erhöhen.

Begründung

Zwischen Jänner 2018 und Juni 2020 gab es in Österreich laut einer parlamentarischen Anfragebeantwortung 3.474 tätliche Übergriffe auf Polizeibeamte im Einsatz. Dabei wurden 1.947 Polizisten verletzt, 125 davon schwer. Zwischen 2018 und 2019 stiegen die Angriffe um über 20 Prozent.

Seit Jahresbeginn wurden alleine in Oberösterreich 55 Polizisten im Dienst verletzt und 8 Dienstfahrzeuge vorsätzlich beschädigt. Das bedeutet, dass jeden vierten Tag in Oberösterreich ein Polizeibeamter durch Gewalt verwundet wird. Für die Bediensteten, die täglich für unsere Sicherheit sorgen, bedeutet dies zum einen ein immer größer werdendes Risiko und zum anderen einen Verlust von Berufsattraktivität.

Das Gewaltmonopol des Staates ist eine der tragenden Säulen der österreichischen Verfassung. Ein Angriff auf die Exekutive ist ein direkter Angriff auf den Rechtsstaat und unsere Demokratie. Aufgrund der sinkenden Hemmschwelle sind strengere Strafen bei Übergriffen auf Polizeibeamte anzudenken.

Unsere Polizei leistet einen enormen Einsatz für das Wohl und die Sicherheit der Menschen in unserem Land. Durch spürbare und treffsichere Maßnahmen soll hier rasch gegengesteuert werden, um die Sicherheit der Exekutivbeamten bestmöglich zu gewährleisten.

Linz, am 22.09.2020

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stanek, Frauscher, Raffelsberger, Tausch, Aspalter, Langer-Weninger, Froschauer, Hingsamer, Oberlehner, Dörfel

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr, Bahn, Handlos, Nerat, Gruber